

António Cascais, z.Zt. Luanda und Johannes Beck, Bonn (DW Portugiesisch)

Trotz Probleme erklären EU-Beobachter Wahlverlauf in Angola für „transparent“  
- Regierungspartei MPLA liegt uneinholbar vorne

O-Töne folgen gleich einzeln im Redaktionstransfer:  
O-Ton Angola - Luisa Morgantini 1 - EU Wahlbeobachter  
O-Ton Angola - Luisa Morgantini 2 - EU Wahlbeobachter  
O-Ton Angola - Richard Howitt - EU Wahlbeobachter  
O-Ton Angola - Coque Mukuta - Rádio Despertar

Anmoderationsvorschlag:

Am Freitag (5. September) waren 8,3 Millionen in den Wahllisten eingetragene Angolaner zum zweiten Mal in ihrer Geschichte zur Wahl eines neuen Parlaments aufgerufen. Bis Montagmittag waren etwa drei Viertel der Stimmen ausgezählt. Es führte die MPLA, die Partei des Präsidenten Eduardo dos Santos, mit 81,6 Prozent. Ein deutlicher Gewinn im Vergleich zu den letzten Wahlen 1992, wo sie nur 54 Prozent erhalten hatte. Die größte Oppositionspartei UNITA lag bei 10,5 Prozent. Ein deutlicher Verlust im Vergleich zu 1992 als sie auf 43 Prozent gekommen war. Am Montag präsentierten auch die EU-Wahlbeobachter ihren ersten, vorläufigen Bericht. Zu welchen Schlüssen sie gekommen sind, erfahren Sie von António Cascais und Johannes Beck:

Die Wahlen in Angola seien „transparent“ und „friedlich“ gewesen. Das sagte die Chefin der 108-köpfigen EU-Wahlbeobachtungsmission, die Italienerin und stellvertretende Chefin des Europa-Parlaments, Luisa Morgantini, in Luanda:

O-Ton Morgantini 1 (port.)

„Der Wahlkampf fand in einer ruhigen und geordneten Weise statt. Es gab nur einzelne Vorfälle, die von der Polizei schnell und unparteiisch gelöst wurden. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurden im Allgemeinen beachtet. Die Nationale Wahlkommission strengt sich an, die Wahlprozess ausgeglichen zu gestalten und die Schwierigkeiten schnell und unparteiisch zu überwinden.“

Allerdings gab es auch deutliche Kritik. So seien diverse Wahlprozeduren nicht eingehalten worden. Es hätten beispielsweise keine Wählerlisten auslegen. Dies sei eine Verletzung internationaler Standards. In Luanda hätten zudem viele Wahllokale spät oder gar nicht geöffnet, daher waren die Wahlen auch um einen Tag verlängert worden. Angolaner im Ausland hätten gar nicht abstimmen dürfen, kritisierten die EU-Beobachter, obwohl das dem nationalen Wahlrecht widerspreche.

Außerdem rügten sie den Einsatz staatlicher Finanzmittel und staatlicher Medien für den Wahlkampf der MPLA. Die Staatsmedien hätten zwar allen Parteien die gleiche Sendezeit für Wahlsots eingeräumt. In der normalen Berichterstattung sei wäre aber nur wenig über die Aktivitäten der Opposition berichtet worden, sondern vor allem über die Eröffnung neuer Bauten durch die Regierung, bemängelte Luisa Morgantini:

O-Ton Morgantini 2 (port.)

„Das Fernsehen TPA, das Nationalradio RNA und die im staatlichen Besitz befindliche Zeitung Jornal de Angola haben in ihrer Berichterstattung über den Wahlkampf die Regierungspartei bevorzugt.“

In den nächsten Tagen werden die EU-Wahlbeobachter noch die weiteren Auszählungen der Stimmen beobachten und in zwei Monaten einen Abschlussbericht vorlegen.

Deutlich kritischer als das Gesamturteil der EU-Mission äußerte sich der britische Labour-Europabgeordnete Richard Howitt gegenüber der Deutschen Welle. Der friedliche Verlauf der Wahlen sei zwar lobenswert, aber nicht ausreichend.

O-Ton Howitt (engl.)

„Eine friedliche Wahl ist noch keine demokratische Wahl. Ich habe einen massiven Einsatz von staatlichen Ressourcen zugunsten der regierenden MPLA gesehen. Wir haben gesehen, wie Wähler in Cabinda unter Druck gesetzt wurden. Eine Provinz mit einer separatistischen Bewegung, die ich persönlich besucht habe. Ich habe gesehen wie Militär innerhalb der Wahllokale sehr auffällig postiert war. Das hat den Wählern ein Signal gesendet. Wir haben eine sehr tendenziöse Medienberichterstattung gesehen. Das bedeutet, dass viele Menschen im Land vielleicht keine wirkliche Wahl hatten.“

Bereits kurz nach dem zweiten Wahltag am Samstag (06.09.) – die Wahlen wurden aufgrund von organisatorischen Problemen in der Region Luanda um einen Tag verlängert – hatten sich die ersten internationalen Wahlbeobachter zu Wort gemeldet: Die Gemeinschaft der Länder des südlichen Afrikas SADC hatte sich für die Anerkennung des Wahlergebnisses ausgesprochen. Auch die Beobachter der CPLP – der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder – hatten die Parlamentswahlen in Angola als „transparent und glaubwürdig“ bezeichnet.

Die seit der Unabhängigkeit vor 33 Jahren ununterbrochen regierende MPLA dürfte in Zukunft etwa vier Fünftel der Abgeordnete im Parlament Angolas stellen. Deutlich mehr als die für eine Verfassungsänderung nötige Zwei-Drittel-Mehrheit. Hinter vorgehaltener Hand sprechen viele Menschen bereits von der „Rückkehr zum Einparteiensystem“. Andere wiederum sprechen von einem Angola nach chinesischem Modell, mit einer allein herrschenden, alle Bereiche des Lebens kontrollierenden Partei: der MPLA.

Viele fragen sich ungläubig, wie es zu einem solchen Erdrutschsieg kommen konnte. Schließlich gilt die Regierungspartei als verantwortlich für Misswirtschaft, Korruption und Menschenrechtsverletzungen, wie Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International regelmäßig beklagen.

Sorgen über die Zukunft der Demokratie macht sich auch Coque Mukuta. Er ist 24 Jahre alt und Journalist von Rádio Despertar. Der Sender gehört der Oppositionspartei UNITA und ist einer der beiden nicht von der MPLA kontrollierten Stationen in ganz

Angola. Er berichtet, dass er in den Außenbezirken Luandas am Sonntag beobachtet habe, wie ein großer LKW, Wahlurnen wegschaffte. Eigentlich hätten zu dem Zeitpunkt aber dort schon längst keinen Wahlurnen mehr sein dürfen.

O-Ton Mukuta (port.)

„Einige Leute und vor allem Taxifahrer machten sich Sorgen, nachdem sie dort mehrmals vorbeigekommen waren und dort immer einen LKW sahen. Sie wollten wissen, was da passiert. Ich wollte mich auch informieren, aber ich wurde sofort von der Polizei verhaftet. Sie haben mich hinter Gitter gebracht. Sie haben mich sechs Stunden lang meiner Freiheit beraubt. Das ist in einem Land, das demokratisch sein möchte, nicht in Ordnung.“

Die frühere portugiesische Kolonie Angola ist etwa dreimal so groß wie Deutschland, zählt aber nur ca. 15 Millionen Einwohner. Seit dem Ende des Bürgerkriegs gehört das öl- und diamantenreiche Angola zu den Ländern mit den weltweit höchsten Wachstumsraten. Seit April dieses Jahres ist Angola zudem zum größten Erdölproduzenten Afrikas, noch vor Nigeria, aufgestiegen.

ENDE